

Dieter Spethmann

„Full employment in a free society“

Abstract

Dieses ist das höchste Ziel, das eine moderne Gesellschaft anstreben kann. Deutschland war ihm nach vierzig Jahren des Fleisses und guter Währungspolitik 1989/90 so nah wie nie zuvor in seiner Geschichte, wird aber seither von der EU zunehmend für die „Gemeinschaftskasse“ herangezogen – nicht so sehr im offiziellen Haushalt, sondern durch verdeckte Transfers, die im Eurosystem angelegt sind. Immer mehr Länder der Eurozone („Peripheriestaaten“) gleiten ab, weil der hohe Aussenkurs des Euro ihnen verbietet, ihre leichtfertig erhöhten Kosten an den Weltmarkt weiterzugeben. Bei ihnen floriert die Arbeitslosigkeit. Diese (21% in Spanien, 16% in Griechenland usw) wird mit immer mehr deutschen Subventionen unter immer mehr EU-Dirigismus finanziert. Unser Einkommen sinkt, aber sechs andere europäische Länder mit eigenen Währungen, also frei von den Zwängen des Eurosystems, haben sich im pro-Kopf-Einkommen inzwischen vor uns geschoben. Also müssen die Peripheriestaaten, um wieder mehr Arbeit zu finden, aus dem Euro ausscheiden, um billiger anbieten zu können. Nur so auch kann Deutschland wieder zu einer „freien Gesellschaft“ finden.

Hierüber gab im Sommersemester 1946 uns Kieler Studenten der englische Wissenschaftler Beveridge eine Vorlesung. Wir waren arm, hungrig und leer, aber diese Vorlesung elektrisierte uns. Sie bereitete den Boden für Ludwig Erhard und seine soziale Marktwirtschaft, die zwei Jahre später folgen sollten. Ihre Leitbilder begleiten mich seit 65 Jahren.

Zu meinem Glück ging der 1948 ebenfalls in der britischen Besatzungszone, in Bonn, eingesetzte „Parlamentarische Rat“ genau diesen Weg, als er das Grundgesetz erarbeitete, die

Verfassung, nach der wir seit 1949 regiert werden. Also Vollbeschäftigung per Eröffnung? Mitnichten. Als die Bonner Republik 1949 ins Leben trat, herrschte millionenfache Arbeitslosigkeit, mussten 15 Millionen Ostflüchtlinge in die westdeutsche Gesellschaft integriert werden. Aber es wirkten geheimnisvolle Kräfte, gesteuert vom neuen Bundeskanzler Adenauer und seinem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard. Die 1948 von den Westalliierten eingeführte Währung, die DMark, erwies sich unter der Aegide von Erhard als das Zaubermittel der pretialen Lenkung. Arbeitsplätze entstanden sozusagen über Nacht, überall im Land verteilt. Schon Mitte der fünfziger Jahre wurden Arbeitskräfte aus Nachbarländer hinzugebeten - es kamen vor allem Italiener, Spanier, Jugoslawen. Und 1960 erging die erste Einladung an die Türkei – kürzlich feierten wir den 50. Jahrestag. Ja, man kann sagen, dass die Bonner Republik 1960, fünfzehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, Vollbeschäftigung erreicht hatte. Ein erstaunliches Ergebnis. Man sprach vom „Wirtschaftswunder.“

Und das in einer „Freien Gesellschaft?“ Ja, das möchte ich behaupten. Ich erinnere aus dem Jahr 1960 keine Bürgerbeschwerden über verfassungswidrige Einschränkungen von Bürgerfreiheiten.

Aber heute hat Deutschland keine Vollbeschäftigung mehr, und von einer „freien Gesellschaft,“ die derjenigen von Deutschland 1960 vergleichbar wäre, kann auch nicht die Rede sein. Was ist passiert?

Anfangs herrschte Landfrieden. Erhard hatte für Tarifautonomie gesorgt, die Arbeitnehmerschaft für zielgerichtete Gewerkschaften und Adenauer Ende 1952 für ein Betriebsverfassungsgesetz, mit dem die Rechte der Betriebsräte und der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten festgeschrieben wurden.

Dieser Landfrieden wurde durch die ersten Europa-Verträge gestärkt. Großes Glück war die Initiative des Pariser Ministers Robert Schuman, aus Luxemburg gebürtig, für einen Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl. Er trat 1952 in Kraft und brachte uns Deutschen die Befreiung vom Ruhrstatut (Stahl-

produktion max 11 Mio t) – 1974 produzierten wir 54. Dem folgten 1957 die Römischen Verträge mit dem Großen gemeinsamen Markt. Der EWG-Vertrag definiert als Ziel einen Europäischen Binnenmarkt für die sechs Teilnehmerstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Benelux), der ohne Binnengrenzen den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet. Daran wird seither mit Erfolg gearbeitet.

Als Spitze unseres Glücks erwies sich unsere DMark. Wir Deutschen durften und konnten aufgrund unserer von Jahr zu Jahr steigenden Überschüsse im Aussenhandel unsere Währung in eigener Entscheidung aufwerten, was die Kaufkraft der DMark von 25 Dollarcent in 1969 auf 75 in 1989 steigerte und eine dramatische Verbilligung unserer Importe erlaubte, also eine vorher nicht für möglich gehaltene Steigerung unseres Massenwohlstands. Unser pro-Kopf-Einkommen war bis 1989/90 in die Welt-Spitzengruppe gestiegen.

Exkurs: Historischer Rückblick. Deutschland ist agrarisch ein armes Land, zumal im Vergleich mit Frankreich. Deshalb mussten wir zum Land der Handwerker werden, um im Winter Kuckucksuhren zu schnitzen, die im Sommer in St. Petersburg verkauft wurden. Nur so konnten wir uns ernähren, seit Jahrhunderten schon. Hier hat der internationale Handel seinen Ursprung, in dem deutsche Städte schon vor Jahrhunderten eine führende Rolle spielten. Die Himmelsscheibe von Nebra, vor einigen Jahren im Gebiet der Unstrut gefunden, enthält Gold aus Cornwall und Kupfer aus Österreich – und das war vor 3800 Jahren, in der Steinzeit. Wir Deutschen dürfen also für uns in Anspruch nehmen, seit Jahrtausenden ein transeuropäisches Händlervolk zu sein. Export und Import gehörten immer schon zu unserem Überleben, und wir haben in Jahrtausenden unter allen denkbaren und undenkbaren Umständen die Techniken entwickelt, die für solche Geschäfte nötig waren – und sind. Deshalb ist Freiheit in Export und Import unser Leben.

Aber zurück zum Hauptthema. Genau das macht uns die EWG, inzwischen zur EU mutiert, seit dem Maastricht-Vertrag (1992) zunehmend streitig. Das ist die für meine Begriffe entschei-

dende qualitative Veränderung unserer EU-Mitgliedschaft, und die können wir nicht hinnehmen. Denn der EU-Vertrag definiert als Ziel einen Europäischen Binnenmarkt, der ohne Binnengrenzen den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet. Liefert also das Nicht-Euro-EU-Land A attraktive Autos (Attraktivität, Qualität, Preis der Produkte) in andere solche EU-Länder und erzielt damit LB-Überschüsse (=Kapitalbildung), so steigt der Kurs der Währung von A. Das verbilligt die Importe von A, mehrt also den Wohlstand der A-Bürger und führt automatisch zu einer Verteuerung ihrer Exporte, was den genannten LB-Überschuss in Zukunft verringert. Somit funktionieren die Prinzipien des Binnenmarktes ohne Einschränkung – aber nur in solchen Fällen von Volkswirtschaften mit eigener Währung. Denn sind Herkunfts- und Zielland solcher Exporte Euro-Mitglieder, gibt es keine Anpassung über Währungskurse mehr. Vielmehr befestigen sich erlangene Wettbewerbsvorteile, wiederholen sich von Jahr zu Jahr, mehren sich sogar, und für die Automobilindustrien der Importländer wird es eng. Das ist die Situation von Deutschland in der Eurozone.

Also muss nach dem Selbstverständnis der EU Dirigismus her („Sixpack“), damit nicht die im Wettbewerb unterlegenen Automobilindustrien „Schaden nehmen,“ sich etwa kleiner setzen und am Ende schließen müssen. Will sagen: Die EU meint es mit dem Wettbewerb nicht wirklich ernst. Es gibt für sie höhere Rechtsgüter als Wettbewerb, z. B. unrentable Arbeitsplätze.

Das führt zwangsläufig dazu, dass die Regeln des Gemeinsamen Marktes für Deutschland nur noch nach Willkür gelten. Das gäbe Deutschland ein gutes Argument, den Ausgleich solcher LB-Überschüsse in Gold zu verlangen. Wo nicht, müsste Deutschland aus dem Euro aussteigen.

Denn die Kehrseite der deutschen „Überschüsse“ ist, dass unsere Volkswirtschaft dafür nur Papiergeld erhält (fremdgedruckte Euros), die für uns wertlos sind. Also verschenken wir unsere Überschüsse – übrigens auch die gegenüber Drittländern erzielten, weil wir die entsprechenden „Devisen“ der EZB schen-

ken, sodaß diese damit die Aussenhandelsdefizite von Frankreich & Co bezahlen kann. Macht für uns alles zusammen in 2011 rd €140Mrd oder knapp 6% des BIP. Übrigens senkt das unseren Lebensstandard (pro-Kopf-Einkommen oder BIP) und mehrt den der anderen. LB-Überschüsse sind Kapitalbildung. Wir verschenken, die EU bestraft sie. Toll.

Zusätzlich haben wir mit der Euro-Einführung den Niedrigzinsvorteil der DMark verloren. Macht bis zu 4% unseres BIP oder rd €100Mrd pro Jahr aus. Dafür zahlen andere zu niedrige Zinsen.

Weiter. Unsere Wirtschaftskraft hängt nicht vom Fortbestehen der Euro-Zone ab. Im Gegenteil. In der EU, wie sie vor dem Euro war, ging es uns besser als heute. Die Bonner Republik war in diesem Sinne erfolgreicher als jedes Deutschland vorher. Es befand sich unser Durchschnittseinkommen (kaufkraftmäßig) in der Welt-Spitzengruppe. Heute aber sind wir mit der Berliner Republik nur noch unter Nr 19 zu finden. Aus Europa liegen vor uns Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Island, Schweiz, Dänemark, Schweden, Irland, Holland, Belgien und Österreich – alles Länder, die sehr viel kleiner sind als wir und von denen übrigens sechs den Euro nicht haben.

Und zu diesen rd €250Mrd, die wir pro Jahr beim Eurosystem abliefern, sollen jetzt noch weitgehende Haftungen für Finanzschulden anderer kommen. Das ist weder im EU-Vertragswerk vorgesehen noch liegt es in deutschem Interesse. Denn Vollbeschäftigung erreicht eine Volkswirtschaft nur, wenn sie wettbewerbsfähig anbieten kann. Das aber können 11 der 17 Euro-Volkswirtschaften nicht, weil der Aussenkurs des Euro für sie zu teuer ist. Also müssen sie raus aus dem Euro. Den Griechen ihre sämtlichen Schulden zu erlassen, brächte ihnen keine Heilung. Ihnen ein über Nacht funktionierendes Staatswesen zu schenken, brächte ihnen auch nichts. Nur der Austritt aus dem Euro macht sie angebots- und wettbewerbsfähig. Und von einer „freien Gesellschaft“ kann man in der EU nicht mehr reden, wenn das nationale Parlament wesentlicher Teile seines Haushaltsrechts beraubt wird. Diese EU ist am Ende.